

Beschluss des Landrats vom 13.02.2025

Nr. 988

14. Transparenz und Rechenschaft der kantonalen Gelder an Umwelt- und Naturschutzverbände

2024/525; Protokoll: gs

Andi Trüssel (SVP) beantragt die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stilschweigend stattgegeben.

Andi Trüssel (SVP) dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen und die klare Übersicht zu den Finanzen. Es sticht heraus, dass die Umweltverbände relativ viele Steuergelder erhalten. Am meisten aufgefallen ist aber ist der Förderverein für Wärmepumpen Schweiz (FWS). Er hat in den letzten beiden Jahren fast CHF 800'000 erhalten. Die Ausgangslage ist klar: Wer in der Schweiz eine Wärmepumpe installieren und Fördergelder beziehen will, braucht ein Wärmepumpensystemmodul-Zertifikat, das von der FWS gegen Bares ausgestellt wird. Dieser Zertifizierungsprozess kennt ein Monopol – nur dieser Verein kann das Zertifikat ausstellen. Er hat die Rechtsform des Vereins – es sind einige Wärmepumpenhersteller, diverse Fachverbände und einige Kantone dabei. Sie tragen die finanzielle Unterstützung – und der FWS hat erheblichen Einfluss auf den Markt. Der FWS verdient durch die Zertifizierung und die Festlegung der Anlagen sehr viel Geld. Wenn man das Jahr 2023 anschaut, hat der Verein mehr als CHF 10 Mio. eingenommen. Es kann aber nicht sein, dass man ein solches Gütesiegel bei einem Monopolisten einkaufen muss, der klare Vorgaben macht, was dafür erfüllt sein muss, um dann Fördergelder des Kantons zu erhalten.

Bei diesen Vorgaben geht es etwa um eine umfassende Dokumentation. Als ob man dies bei einer normalen Heizanlage nicht automatisch erhalten würde. Es geht um eine schriftliche Leistungsgarantie – aber mit keinem Wort um eine Messung, um den Leistungsfaktor der Wärmepumpenanlage festlegen zu können. Es werden Kontrollen durchgeführt – aber nur stichprobenweise. Gemäss Aussage des FWS geschieht dies bei rund jeder fünften Anlage. Es geht weiter um standardisierte Abläufe und die Inbetriebnahme. Wie wenn die KMU dies nicht von sich auch machen würden! Die Anforderungen stellen eine Einschränkung für die KMU in diesem Bereich dar und sie gleichen eher einem staatlichen Eingriff in den Markt – anstatt dass die Innovation gefördert würde. Besonders problematisch ist der Silent-Modus. Das wurde in der Umweltschutz- und Energiekommission auch schon diskutiert – es sei aber hier nochmals gesagt: Eine Luftwärmepumpe muss von 19 Uhr bis 7 Uhr einen bestimmten Dezibelwert einhalten. Damit das möglich ist, muss die Leistung reduziert werden. Weil man aber trotzdem ein warmes Haus haben will, werden Direktheizungen eingesetzt – diese Einsätze gehen bis 15 Kilowatt. Das geschieht eigentlich verbotenerweise, die Software macht das aber automatisch. Das sind alles Dinge, die so nicht gehen. Es ist dem Energiegesetz, das vom Volk angenommen wurde, nicht dienlich. Es ist der falsche Weg.

Dass auch noch Gelder verlangt werden, damit man dann beim Kanton einen Förderbeitrag erhält, ist mehr als fragwürdig. Es hat dazu geführt, dass der Redner am Morgen eine Interpellation mit acht Fragen eingereicht hat; er will klipp und klar wissen, was der Regierungsrat dazu denkt. Aufgrund der Antworten wird allenfalls eine Motion nachgereicht, um die Mitgliedschaft im FWS zu unterbinden. Diese Steuergelder sind dem Interpellanten zu schade, auch wenn sie aus CO₂-Abgaben und anderen Zuwendungen abgedeckt werden.

://: Die Interpellation ist erledigt.
